Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 4.— Mk. von auswärts 7.20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto: Danzig 2045. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Nr. 277 | Montag, den 28. November 1921 | 12. Jahrgang

Verschärfung der englisch-französischen Krise

Englisches Kriegsschiff nach Zilizien entsandt.

Die seit Monat latente Spannung zwischen England und Frankreich hat plötzlich, unmittelbar nach dem Zusammentreten der Washingtoner Abrüstungskonferenz und dem offenbaren Zusammenhang mit den dortigen Reden Briands, eine wesentliche Verschärfung erfahren. Laut „Est Europe“ hat die englische Regierung beschlossen, ein Kriegsschiff nach Merzina in Zilizien in der Nähe von Alexandrett zu entsenden. Diese Nachricht hat, nach einem Pariser Telegramm der gleichen Agentur, in der französischen Presse außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Der „Matin“ vergleicht diese Maßnahme mit der Entsendung des deutschen Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir im Juli 1911. Auch der „Figaro“ gebraucht denselben Vergleich. Der „Matin“ will ferner wissen, daß England in diesem Augenblick in Cypern Truppen konzentriere. Englischerseits wird der Schutz der christlichen Minderheiten, der durch das türkisch-französische Separatabkommen von Angora gefährdet sein soll, angegeben. Nun liegt die Vermutung nahe, daß das britische Kabinett mit diesem Vorgehen einen größeren Nachdruck der Note verleihen will, die sie in Paris in der Angelenheit des Angora-Abkommens überreichen läßt. Schon am Schlusse seiner großen Rede am Donnerstag hatte der englische Außenminister Lord Curzon bei der Erwähnung des kleinasiatischen Problems einige für Frankreich recht peinliche Wendungen gebraucht, wie überhaupt diese ganze Rede offensichtlich gegen die Haltung Frankreichs — nicht nur in Washington — sich richtete. Auffällig ist der Eifer, mit dem die gesamte englische Presse sich beeilt hat, ausdrücklich zu betonen, daß Curzon seine Rede mit Lloyd George und den übrigen Mitgliedern des britischen Kabinetts vereinbart hatte. Entgegen seiner ursprünglichen Reserve hat sich Briand in Neuyork unmittelbar vor seiner Rückreise nach Frankreich zu der Curzonschen Rede etwas eingehender geäußert. Er versuchte dabei, Amerika gegen England auszuspielen und betonte, daß das amerikanische Volk sowie die ganze Welt ihn sofort verstanden hätten. Bezüglich dse Angora-Abkommens meinte er bissig, er sei überrascht, daß man in einem Augenblick, wo man Frankreich einlade, seine Streitkräfte zu vermindern, man ihm dieses Einvernehmen mit den Türken zum Vorwurf mache, dessen Wirkung die Einstellung eines neuen Blutvergießens sei und das Frankreich ermögliche, seine Orientarmee um die Hälfte zu verringern.

Rettungswege aus der Wirtschaftskatastrophe.

Berlin, 28. Nov. Der „Lokalanzeiger“ und die „Montagspost“ veröffentlichen Unterredungen mit dem englischen Unterhausmitglied Kenworthy, der gegenwärtig in Berlin weilt. Kenworthy erklärte, der einzige mögliche Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos in Europa bestehe in der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Dieser Gedanke stoße freilich bei den Regierungen und bei den breiten Massen der Völker noch immer auf den heftigsten Widerstand. Was aber heute schon wohl erreichbar sein müsse, das wäre der internationale Zusammenschluß von Geschäfts- und Finanzleuten zu einer gemeinsamen planmäßigen Sanierungsaktion. Für besonders dringend hält Kenworthy ein gemeinsames Vorgehen in Rußland um die Bodenschätze dieses Reiches, insbesondere auch Sibiriens, zu heben. Rußland sei ohne Zweifel auch ein Markt von unbegrenzter Aufnahmefähigkeit, namentlich für Produkte der Maschinenindustrie, Lokomotiven und anderes Transportmeterial, sowie für landwirtschaftliche Geräte. Ueber die wirtschaftliche Lage Deutschlands äußerte sich Kenworthy sehr zurückhaltend. Er glaubt nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februarraten hinaus Reparationszahlungen werden leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man daher Deutschland eine angemessene Stundung bewilligen.

Wenn man diesen Plänen eine Großzügigkeit nicht absprechen kann, so fehlt in ihnen doch jedes tiefere Verständnis der Zeichen der Zeit. Die Gesundung des Wirtschaftslebens ist nicht mehr im Rahmen der bisherigen Profitwirtschaft zu erreichen. Es ist nicht nur eine gemeinsame Regelung der Finanzfragen sondern der gesamten Güterproduktion erforderlich. Das freie Spiel der Kräfte führt uns immer tiefer in die Katastrophe und in das Elend hinein. Nur eine planmäßige Regelung der Gütererzeugung unter Ausschaltung der Spekulation kann das wüste Treiben auf dem internationalen Warenmarkte bannen. Nur wenn die bürgerlichen Volkswirtschaftler ihre bisherige einseitige Beurteilung der Dinge aufgeben und sich mehr mit der Lösung der Wirtschaftskrise in der Richtung einer sozialistischen Wirtschaftsweise beschäftigen, wird die Katastrophe vermieden werden.

Maßnahmen gegen den Preiswucher.

Berlin, 27. Nov. (W.T.B.) Bei der Beratung über die Mißstände auf dem Gebiet der Volksversorgung kam das Reichskabinett zu der Erkenntnis, daß wucherischen Ausschreitungen mit aller Energie entgegengetreten werden müsse. Nach einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erlassenen Verordnung ist beim Aufkauf von Kartoffeln beim Landwirte, soweit er nicht für eigenen Bedarf erfolgt, eine besondere behördliche Erlaubnis nötig. Die Reichsregierung und die Landesregierungen haben die nachgeordneten Stellen auf die Notwendigkeit der schärfsten Durchführung der Vorschriften gegen Preistreiberei hingewiesen. Hinsichtlich der Kartoffelversorgung ist bei den Landesregierungen die Bildung besonderer Ausschüsse aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher angeregt, die die für die einzelnen Bezirke angemessenen Kartoffelpreise ermitteln und so den Strafverfolgungsbehörden die nötige Grundlage für ihr Einschreiten schaffen soll. Die Kontrolle zur Verhinderung der verbotenen Ausfuhr wird in schärfster Weise durchgeführt. Das Reichskabinett wird am nächsten Dienstag über die durch die Teuerung geschaffene Lage weiter beraten.

Danziger Senat, was gedenkst du zur Verhinderung der wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung zu tun? Es ist höchste Zeit, daß auch hier etwas Durchgreifendes gegen die Preistreibereien unternommen wird.

Das Washingtoner Versteckspiel.

Aus gutunterrichteten Kreisen der Konferenz wird mitgeteilt, daß die endgültige Verständigung über das Verhältnis der Flottenstreitkräfte der Vereinigten Staaten, Japans und Englands in der nächsten Woche erzielt werden würde, und zwar werde man den ursprünglichen Plan annehmen. Die Unterseebootfrage sei die einzige, über die noch keine Verständigung unter den Delegierten herrsche.

Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gekabelt, die Rede Curzons habe dort wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Stoß gegen die bereits stillschweigend getroffenen Abkommen erblickt, das Problem der Abrüstung zu Lande nicht ernstlich zu behandeln. In der französischen Delegation verheimliche man nicht, daß jeder Versuch auf der Konferenz, die Debatte am Mittwoch wieder zu eröffnen, die Zurückziehung der französischen Delegation zur Folge haben würde. Dagegen wird aus Neuyork gemeldet, daß von autoritativer Seite verlautet, die Konferenz habe die Frage der Heeresherabminderung nicht fallen gelassen. Sie wird in verschiedenen Unterkommissionen weiter behandelt.

Neuyork, 27. Nov. Nach einer Meldung der „Newyork Tribune“ aus Washington ist die Anregung, Deutschland möchte zur Teilnahme an den Schlußphasen der Konferenz hinzugezogen werden, seitens der französischen Delegation kühl aufgenommen worden.

Flüchtende Armenier. In Smyrna sind mit einem englisch-ägyptischen Dampfer 800 armenische und griechische Flüchtlinge aus Cilicien eingetroffen. Von der Insel Chios wird gemeldet, daß dort mit einem griechischen Dampfer 2000 Flüchtlinge, in der Mehrzahl Armenier, eingetroffen sind. In Frankreich haben sich 116 Senatoren an den Ministerpräsidten gewandt mit dem Verlangen um Schutz für die christliche Bevölkerung und um Sicherung der Rechte der Minderheiten in Cilicien, bevor die französischen Truppen abrücken.

Kommunistischer Betrug.

II.

Aus dem Bericht Bowitzkys.

O., den 12. April 1921.

Offizier M. P. und politischer Kommissar für Mansfeld.

Da über die Einleitung der Aktion meiner Zentrale eine ganz falsche Ansicht vorherrscht, so sehe ich mich veranlaßt, der Zentrale einen Bericht zu übermitteln, wie er mir noch im Gedächtnis ist.

Es war am Freitag, den 18. März, als der Genosse Oelßner und der Genosse Schumann-Halle mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen,

die Aktion unverzüglich einzuleiten.

Den Anlaß hierzu sollte die Besetzung Mitteldeutschlands mit Sipo und Schupo abgeben. . . . Man war sich im großen und ganzen darüber einig, daß die Aktion unter allen Umständen eingeleitet werden müsse. Von einigen Genossen jedoch wurden Bedenken darüber geltend gemacht, daß gerade Mitteldeutschland mit der Kerntrupe des revolutionären Proletariats den ersten Anstoß unternehmen solle. (Folgt eine Schilderung, wie diese Bedenken widerlegt wurden. Die Red.).

Am Dienstag, den 22., erschien dann der Genosse Hugo (Hugo Eberlein. Red.) aus Berlin als Beauftragter der Zentrale, um die Aktion in Mitteldeutschland vorwärtszutreiben und zu leiten. Er machte nunmehr über die Durchführung der Aktion ganz konkrete Vorschläge und brachte den Auftrag der Zentrale, unter allen Umständen in Mitteldeutschland eine Parole zu schaffen, die durchschlagend für das ganze Reich in Frage kommen könnte. Dies war insofern außerordentlich schwer, weil die zur Besetzung erschienenen Sipomannschaften sich trotz aller Provokationen außerordentlich zurückhielten. Es war selbst im Mansfeldschen nicht möglich geworden, sie irgendwie, selbst durch Beschimpfungen aus ihrer Reserve herauszulocken. Sie spielten Karten, rauchten ihre Pfeife und brachten ihre Freude über die Zurückhaltung unverholen zum Ausdruck. Dies waren die Berichte des Genossen Märcker-Teutschenthal. Es wurde dann von dem Genossen M. 7 (Müller7. Red.) der Vorschlag gemacht, dann doch in freundschaftlicher Weise sich mit den Sipomannschaften zu unterhalten, einzudringen in ihre Wachtlokale oder Unterkünfte, sie entweder dadurch zur Abwehr zu reizen, und falls dies nicht gelänge, ihnen einfach dann ihre Waffen gewaltsam zu entreißen. Märcker erhielt den Auftrag, in Eisleben eine Versammlung unter freiem Himmel zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit in der vorbezeichneten Weise

einen Konflikt zu schaffen.

Bis dahin war in Mitteldeutschland auch noch nicht ein Betrieb von der Sipo besetzt worden, und die gegenteiligen Berichte, wonach die Leuna-Werke von Sipoleuten besetzt gewesen seien, entbehren jeder Grundlage. Das Leunawerk ist durch Sipo erst besetzt worden nach der Beschießung am Mittwoch, den 30. März. Genosse Hugo machte nunmehr den Genossen der Illegalen verschiedene Vorschläge, wie eine wirksame Parole unter den gegebenen Verhältnissen geschaffen werden könne. Er gab den offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Seesen und einige Stunden darauf, um die Wechselwirkung glaubhaft zu machen,

das neuerworbene Grundstück der Produktivgenossenschaft in die Luft zu sprengen.

Einigen Zufällen ist es zuzuschreiben, daß diese Aufträge nicht zur Durchführung gelangen konnten. Ferner wurde folgender Plan in Erwägung gezogen: Der Genosse Lemck und ich sollten uns bereithalten, um für einige Zeit von Halle spurlos zu verschwinden. Der Plan war folgendermaßen gedacht: Es sollte in der Nacht durch einige Stoßtrupps eine lebhafte Schießerei, möglichst auch mit Handgranaten, an einigen Punkten der Stadt einsetzen. Es sollte dann die Meldung verbreitet werden, der Genosse Lemck sei bei den Kämpfen schwer verwundet und durch Sipo- oder Orgesch-Leute im Auto verschleppt worden, unbekannt wohin. Eine ähnliche Komödie sollte mit meiner Wenigkeit aufgeführt werden. Da unsere Namen bei der Arbeiterschaft einen guten Klang haben, so erhoffte man

dadurch ein gutes Aufsteigen der Empörung

und einen spontanen Ausbruch des Generalstreiks. Von der Durchführung dieses Planes kam man durch die Weiterentwicklung der Verhältnisse ab.

Am anderen Morgen gab der Genosse Hugo in einer Zusammenkunft in der „Stadt Dresden" seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß in Halle nicht das geringste klappe. Die Illegale wäre vollkommen verfault, es wäre geradezu unerhört, daß noch

nicht einmal ein anständiges Stück Zündschnur

vorhanden wäre, mit dem zuverlässig ein solcher Auftrag durchgeführt werden könne. Gemeint war damit der Anschlag auf das Genossenschaftsgebäude, weil dort die Zündung versagt hatte. Er gab den direkten Auftrag, beide Befehle in der folgenden Nacht unbedingt auszuführen. Ich äußerte meine Bedenken in bezug auf das Munitionsdepot und wies den Genossen Hugo ziemlich energisch zurück, weil er scheinbar nur einen Sündenbock suche für die übereilte Aktion der Zentrale . . . Meine Einwände wurden zurückgewiesen, und der Befehl blieb bestehen. In der Nacht noch wurde der Auftrag gegeben, von welcher Seite weiß ich nicht, da der erneute Anschlag wieder nicht geklappt hatte, das Gebäude der Produktivgenossenschaft unter allen Umständen zu sprengen, ganz gleich ob am Tage oder in der Nacht. Die Bezirksleitung hat sich jedoch im letzten Augenblick ganz energisch gegen diesen Wahnsinn verwahrt, und ich erhielt persönlich den Auftrag, durch Vermittlung des Genossen Schneidewind, den mit der Durchführung beauftragten Genossen abzufangen und dieselbe zu verhindern. Dies gelang mir auch. Bei der Durchführung am Tage wären ungefähr

zwanzig unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlages

geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo in der Nacht vorher mit einer Handbewegung abgetan wurden.

So also sehen die Leiter der KPD. aus, die jetzt vor der Oeffentlichkeit ungezählte Krokodilstränen über die armen Opfer vergießen. Diese Leute, die mit der größten Kaltblütigkeit über die Leichen ihrer eigenen Genossen gehen, haben mit niederträchtiger Hinterlist die Arbeiter in den Kampf gehetzt. Jetzt spielen sie die Unschuldslämmer, sie, die ihre eigenen Anhänger in die Luft gehen lassen wollten, um Provokationen zu schaffen.

Ein Wort über die Dokumente. Die Kommunisten werden natürlich versuchen, ihre Echtheit zu bezweifeln. Das können sie aber nicht. Die Echtheit dieser Berichte, die wir auch noch durch weitere ergänzen können und bei Gelegenheit ergänzen werden, steht unwiderleglich fest. Diese Berichte sollen nämlich von den Anhängern der Richtung Levi dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale in Moskau unterbreitet werden, um als Unterlage für ihre Anklagen gegen die Kommunistische Zentrale Deutschlands zu dienen. Sie waren Frau Klara Zetkin anvertraut worden, bei der sie gefunden wurden, als sie die Grenze überschritt. Die Person Klara Zetkins, in deren Besitz die Papiere waren, bürgt dafür, daß es sich nicht um irgendwelche Spitzelarbeit handeln kann. Sondern hier sind durch einen günstigen Zufall die Interna der Kommunistischen Partei an den Tag gekommen, und die ganze Arbeiterklasse hat ein Recht, diese kennen zu lernen, ebenso wie wir die Pflicht haben, sie der Arbeiterschaft zugänglich zu machen damit die Arbeiter gewarnt werden vor den Leuten, die kaltblütig die Arbeiterklasse ins Verderben hetzen.

Anklage gegen die kommunistischen Mordprovokateure.

Zu dem veröffentlichten aufsehenerregenden Material über die Inszenierung des Märzputsches durch die Kommunistenführer, das bekanntlich Klara Zetkin beim Ueberschreiten der deutsch-russischen Grenze abgenommen wurde, hören die P. P. N. an zuständiger Stelle, daß das Material am 8. Juli dieses Jahres in die Hände der Behörden fiel. Nach genauer Prüfung ist am 16. August dem Ober-Reichsanwalt am Reichsgericht zu Leipzig zur weiteren Veranlassung übergeben worden. Dieser hat daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Auch der Ausschuß des preußischen Landtages hatte Kenntnis von dem Bestehen dieser Dokumente und beantragte im Laufe seiner Tätigkeit die Aushändigung durch den Ober-Reichsanwalt, der jedoch unter dem 29. September erklärte, daß er dem Antrag des Untersuchungsausschusses auf Freigabe des Materials nicht entsprechen könne, da die Untersuchung durch das Reichsgericht selbst noch liefe. Am 10. November ließ dann der Ober-Reichsanwalt erklären, daß nunmehr das Verfahren soweit fortgeschritten sei, daß keine Bedenken mehr gegen die weitere Verwendung des Materials bestünden.

Tatsächlich geht das Verfahren weiter. Gegenteilige Mitteilungen entsprechen nicht den Tatsachen. Binnen kurzem dürfte gegen die beteiligten Personen Anklage erhoben werden.

Wiedereintritt Rothenaus in die Reichsregierung

Es darf als sicher gelten, daß der Reichskanzler binnen kürzester Frist an Dr. Rothenau erneut den Ruf ergehen lassen wird, den Posten des Wiederaufbauministers wieder einzunehmen. Wenn es auch noch nicht absolut feststeht, ob Dr. Rothenau diesem Rufe Folge leisten wird, so spricht doch hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß Rothenau sich dem Reich wieder zur Verfügung stellt. Das von der Demokratischen Partei vorher ausgesprochene direkte Verbot wird ihm diese nicht mehr aufrechterhalten, und es ist anzunehmen, daß sich auch sonstige Widerstände, die bei den Demokraten dem Wiedereintritte Rothenaus in die Regierung entgegenstehen, überwinden werden.

Das Fiasko der polnischen Politik in den baltischen Staaten.

Die Mißerfolge der polnischen Politik in Lettland haben endlich die Neubesetzung des seit einigen Monaten vakanten Postens des polnischen Gesandten in Riga als unaufschiebbar erscheinen lassen. Gestern ist der Sozialist Jodko, der bisherige Vertreter Polens in Konstantinopel, in dieser Eigenschaft nach Riga abgereist. Gleichzeitig ist der neue lettländische Gesandte Nulicha, bisher Mitglied der Pariser lettländischen Gesandtschaft, in Warschau eingetroffen. Angesichts des peinlichen Eindrucks der Baltischen Wirtschaftskonferenz mit Sowjetrußland unter Ausschluß Polens und in Anbetracht des Mißtrauens Lettlands in Sachen des Wilna-Streites, der lettgallischen Frage und der Grenzdifferenzen bei Dünaburg soll es die Aufgabe der neuen Männer sein, einen Ausgleich anzustreben. — Der rechtsstehende „Kurjer Warczawski" unterzieht aus diesem Anlaß die Tätigkeit des früheren polnischen Gesandten in Lettland Kamienecki sowie der polnischen Gesandten in Estland und Finnland einer scharfen Kritik. Das Blatt führt aus, der völlige Mißerfolg ihrer Tätigkeit habe indessen das Gute gehabt, daß Polen dadurch vor dem mit einer Spitze gegen Rußland angestrebten Bunde mit den baltischen Staaten bewahrt geblieben sei. Ein solcher Bund würde Polen keine große Hilfe im Falle eines Zusammenstoßes mit Rußland bringen, dagegen würde Polen Gefahr laufen, in einen etwaigen Konflikt des zukünftigen Rußland mit den baltischen Staaten um den für Rußland unentbehrlichen freien Zugang zum Meere einbezogen zu werden. Die „Rzeczpospolita" bezeichnet ihrerseits diese Ausführungen als sehr beachtenswert.

Spaltung der Kommunistischen Partei in Rußland?

Aus unterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß die Bildung einer Partei der linken Kommunisten in Sowjetrußland in den Bereich der Möglichkeit gerückt sei. Die Säuberungsaktion hat durch die damit verbundene Untersuchung des Privatlebens der Parteimitglieder den Gegensatz zwischen den breiten Parteimassen und den bessergestellten oberen Parteischichten aufs neue zugespitzt. Die Aktion hat zu einem gegenseitigen Kampf zwischen den verschiedenen Parteigruppierungen und zu einer Abänderung des sozialen Bestandes der Partei geführt, die noch Ueberraschungen bieten könnte. Die Moskauer „Prawda", das kommunistische Zentralorgan, betont ihrerseits die Notwendigkeit einer inneren Festigung der Partei. Ihre Monopolstellung und ihre Eigenschaft als Regierungspartei berge die Gefahr des Zustroms wesensfremder Elemente und der Bildung von Gruppen und Fraktionen innerhalb der Partei, die sie zu einem Gebilde von der Art der englischen Labour Party machen würde. Diesen Fragen gebühre besondere Beachtung gerade jetzt, wo Sowjetrußland im Anfang eines Evolutionsprozesses stehe, der entweder zum Sozialismus oder zum Kapitalismus und zwar nicht zum Staatskapitalismus, sondern zum Kapitalismus im eigentlichen Sinne des Wortes führen werde.

Polnisch-tschechische Krise.

Gegenüber der noch ausstehenden Ratifizierung des tschechisch-polnischen Abkommens bildet sich eine heftige Opposition. Die Piast-Partei (die bäuerliche Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Witos) faßte auf ihrem Parteikongreß unter Führung Dombskis den Beschluß, das Abkommen nur zu ratifizieren, falls die Teschener Frage eine für Polen befriedigende Lösung finde, während Benesch bekanntlich eine Revision des Teschener Schiedsspruches ausdrücklich abgelehnt hat. Auch die Sozialisten sind Gegner des Abkommens. Eine leichte Enttäuschung hat sogar bei den der Tschechoslowakei entgegenkommenden Nationaldemokraten der Umstand hervorgerufen, daß Benesch es ablehnte, andere als von Polen und der Tschechoslowakei gemeinsam unterzeichnete Verträge gegenseitig anzuerkennen; also wohl die Verträge von Versailles und St. Germain, nicht aber den Rigaer Vertrag. Selbst die „Gazeta Warszawska" stellt demgegenüber besorgt fest, daß die Tschechen offenbar den endgültigen Besitztitel Polens auf Ostgalizien nicht anerkennen, und bezeichnet dieses als ernste Komplikation in den tschechisch-polnischen Beziehungen.

Geringe Arbeitslosigkeit — drohender Rohstoffmangel.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist auf einen Punkt gesunken, der noch niedriger ist als der Normalstand in normaler Friedenszeit. In manchen Berufsgruppen, namentlich im Baugewerbe, herrscht Mangel an Arbeitern. Diese Erscheinung hängt unmittelbar mit der Entwertung der deutschen Mark zusammen. Die Spannung zwischen der internationalen Bewertung der Mark und ihrer Kaufkraft im Innern Deutschlands hat sich vergrößert. Deutschland ist dadurch für die übrige Welt zu einem besonders billigen Arbeitsmarkt geworden. Die Aufträge des Auslandes bei der deutschen Industrie haben sich stark vermehrt. So erfreulich nach der sozialen Seite hin die Abnahme der Arbeitslosigkeit ist, so bedenklich ist die starke Abwanderung deutscher Industriegüter für einen so billigen Preis. In Goldmark berechnet, liefert Deutschland zurzeit so billig und vielfach noch billiger an das Ausland als im Frieden. Die deutschen Rohstoffpreise hinken infolgedessen rasch zusammen, und es besteht keine Aussicht, sie mit dem Erlös des Warenverkaufs wieder aufzufüllen, wenigstens nicht, soweit diese Rohstoffe ausländischen Ursprungs sind. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß über kurz oder lang die günstige Arbeitsmarktlage infolge von Rohstoffmangel gestört und einer bedenklichen Arbeitslosigkeit Platz gemacht wird.

Wie mitgeteilt wird, sind bei den zuständigen Gewerkschaftsvertretungen Erwägungen im Gange, Mittel und Wege zu finden, um mit der Hilfe internationaler Verbindungen die Gefahr zu bannen. Ferner soll sich auch die im Jahre 1919 abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation demnächst mit dieser Frage beschäftigen.

Die Landtagswahl in Hessen.

Nach den gestrigen Neuwahlen zum hessischen Landtag werden die einzelnen Parteien voraussichtlich erhalten: Sozialdemokraten 24 Sitze, Unabhängige und Kommunisten 4, Zentrum 12, Deutsche Volkspartei 12, Freie Bauernschaft 8, Demokraten 5 und Deutschnationale 2—3 Sitze. Der bisherige Landtag bestand aus 31 Sozialdemokraten, einem Unabhängigen, 13 Zentrumsmitgliedern, 5 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 13 Demokraten und 7 Deutschnationalen.

Wilhelm Pfannkuchs 80. Geburtstag.

Heute, Montag, den 28. November, vollendet Wilhelm Pfannkuch sein achtzigstes Lebensjahr. Er ist heute wohl einer der ältesten unter den Parteigenossen, sowohl hinsichtlich der Lebensjahre als vor allem der Dienstjahre innerhalb der proletarischen Bewegung. Fast sechs Jahrzehnte steht der Greis fest im politischen Ringen. Er hat die Gründung der Sozialdemokratie miterlebt, er hat die Bitternisse des Bruderkampfes in seiner Jugend mit durchkosten müssen und sah, schon im Alter des Propheten, aufs neue den gefährlichen alten Bruderkämpfe entbrennen. Keinen Augenblick lang aber wurde der alte Lassalleaner irre an seiner Ueberzeugung, die jahrzehntelang die gemeinsame Ueberzeugung aller Sozialdemokraten gewesen. Manchen alten Weggenossen sah er mit Trauer abschwenken ins Lager der Scheinrevolutionäre, manchen von ihnen sah er wieder als erbittertsten politischen Gegner. Aber er selbst hielt auch in den Wirrnissen des Krieges, der Parteispaltung, der Strafe erbittertsten politischen Gegner. Aber er selbst hielt auch in vorderster Reihe getragen hatte: die Fahne der Sozialdemokratie, um die sich über kurz oder lang doch wieder alle scharen müssen, denen es ernst ist mit dem Streben nach einem freien in sich gefestigten Volksstaat, nach einer wirtschaftlichen Ordnung auf sozialistischem Grunde.

Die deutsche Sozialdemokratie, als deren Geschäftsführer er mehr als ein Vierteljahrhundert im Parteivorstande tätig ist, bringt ihrem greisen Vorkämpfer als der Wünsche herzlichsten entgegen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch den Tag der Wiedervereinigung aller Sozialdemokraten in einer großen Partei zu erleben.

Wirkungen des Valutadumpings in Dänemark.

Einem Berichte über die Lage der wichtigsten Industriezweige in Dänemark, den die Organisation der Industriellen in Verbindung mit dem Handelsministerium bearbeitet hat, entnimmt das Internationale Arbeitsamt die folgenden bemerkenswerten Einzelheiten:

Papierindustrie. Die dänische Produktion ist auf ein Drittel der Vorkriegsproduktion zurückgegangen, während die Einfuhr 1921 um 16 Prozent größer war als 1913.

Zigarrenindustrie. Im Juni 1921 wurden 5 Millionen Zigarren eingeführt, zumeist aus Deutschland. Ihre Herstellung im Lande selbst hätte 1000 Arbeitern der Tabakindustrie während dieses Monats Beschäftigung gesichert.

Korsettfabriken. Von den in der Korsettbranche 1918 Beschäftigten finden zurzeit höchstens 10 Prozent Arbeit in der gleichen Industrie.

Schuhindustrie. 1913 wurden 3500 Arbeiter beschäftigt, heute nur noch 1000, und von diesen viele mit verkürzter Arbeitszeit. Die Schuhwareneinfuhr aber hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Ihr Umfang entsprach 1913 etwa 20 Prozent der eigenen Produktion; heute macht sie 40 Prozent derselben aus.

Textilindustrie. Die Industrie beschäftigt jetzt nur noch 30 bis 50 Prozent ihrer früheren Arbeiterzahl. Sie leidet besonders durch den Stand der Valuta und die dadurch begünstigte Zufuhr aus Deutschland.

Glasindustrie. 75 Prozent der Arbeiter sind beschäftigungslos. Im ersten Halbjahr 1921 wurden viermal soviel Flaschen aus dem Auslande eingeführt als im gleichen Zeitraume des Jahres 1913.

Klavierindustrie. Nur noch ein Sechstel der 1914 und nur noch ein Zehntel der 1919 beschäftigten Arbeiter ist heute in dieser Industrie tätig. 1913 stammten 40 Prozent der im Handel abgesetzten Klaviere aus eigenen Werkstätten des Landes, heute nur noch 12 bis 15 Prozent.

Klempnerei. 1914 wurden 1450 Arbeiter beschäftigt, heute noch 1100. Die Einfuhr von Klempnerartikeln aus Deutschland wächst andauernd. In einzelnen Artikeln ist sie 25 mal höher als vor dem Kriege.

Tapetenfabrikation. Die Zahl der Beschäftigten ging auf ein Drittel zurück, desgleichen die eigene Produktion, während die Einfuhr um 40 Prozent zunahm.

Konfektion. Obwohl die Nachfrage zurückging, hat die Einfuhr stark zugenommen. 2000 Schneider sind ganz arbeitslos, während die anderen nur etwa zwei Stunden am Tage beschäftigt sind. Bei der jetzigen Valuta kostet ein deutscher Anzug nur ein Viertel von dem, was für einen dänischen Anzug bezahlt werden muß.

Die Not des Zeitungsgewerbes. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger wendet sich in einer Erklärung an die Leser, in der sie betont, daß die gegenwärtige außerordentliche Teuerungswelle auch die Berliner Zeitungsverleger zu einer allgemeinen Erhöhung ihrer Bezugspreise gezwungen habe, der leider in absehbarer Zeit weitere folgen würden, falls die für Anfang des nächsten Jahres neu zu erwartende erhebliche Steigerung der Gehälter, Löhne, Rohmaterialien, insbesondere der Papierpreise und Postgebühren Tatsache werden würde.

Noch immer nicht die Letzten. Aus jahrelanger französischer Gefangenschaft sind Sonnabend vormittag wieder sieben deutsche Kriegsgefangene aus Avignon in Mannheim eingetroffen. Sie sind nachmittags nach Karlsruhe weitergefahren, wo ihre Entlassung stattfindet.

Neuer französischer Willkürakt. Zivilgerichte haben die Beschlagnahme des von Fokker auf der internationalen Pariser Aeronautik-Ausstellung ausgestellten neuen Eindeckers angeordnet.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 277 | Montag, den 28. November 1921 | 12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die Löhnungsbeihilfe für Danziger Kriegsgefangener.

Vom Reichsfinanzministerium, Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, wird dem hiesigen Zentralhilfsausschuß für ehemalige Kriegsgefangene mitgeteilt:

„Wenngleich die vom Reich bereitgestellten Mittel zur Abgeltung ehemaliger Kriegsgefangener mit Löhnungsbeihilfen und Entschädigung für abgenommene Gegenstände nur für im Deutschen Reich beheimatete Heimkehrer bestimmt sind, Danzig aber nicht mehr zum Deutschen Reich gehört, ist in einer entsprechenden Beratung der Beschluß gefaßt worden, ausnahmsweise für die im Gebiet der Freien Stadt Danzig ansässigen ehemaligen reichsdeutschen Kriegsgefangenen zu obigem Zweck den Betrag von 250 000 Mk. freizugeben.

Bemerkt wird, daß gedachte Summe nur zwecks Abgeltung von Anträgen ehemaliger reichsdeutscher Kriegsgefangener mit Löhnungsbeihilfen und Entschädigung für abgenommene Gegenstände verwendet werden darf. Für Fluchtkostenersatz können keine Mittel zur Ueberweisung gelangen.

Zum Schluß wird noch hervorgehoben, daß die Festsetzung des Betrages von 250 000 Mk. entsprechend der Abfindung der Landeshilfsausschüsse des Reichs erfolgt ist; auf eine weitere Zuweisung darf nicht gerechnet werden."

Nähere Auskunft wird erteilt in der Geschäftsstelle für ehemalige Kriegsgefangene, Poggenpfuhl 16, 1 Tr., in der Zeit von 4½—6 Uhr.

Ueber den Höchstpreis gezahlte Summen sind zurück zu erstatten.

Das Obergericht hat über die Rückzahlbarkeit von Beträgen, die über den Höchstpreis gezahlt worden sind, eine Entscheidung gefällt, die für weitere Kreise von größtem Interesse sein wird. Eine Gemeinde des Kreises Danziger Höhe kaufte im Mai 1920 von einer Gutsbesitzerin einen größeren Posten Kartoffeln. Der Höchstpreis für den Erzeuger betrug 15 Mark. Die Gutsbesitzerin lieferte aber nur zum Preise von 16 und 17 Mark. Die Gemeinde zahlte den geforderten Preis. Sie klagte dann auf Zurückzahlung des zuviel gezahlten Betrages von 2206 Mark. Das Landgericht wies den Klageanspruch zurück. Der Zivilsenat des Obergerichts verurteilte die Gutsbesitzerin zur Zurückzahlung des Betrages. In der Urteilsbegründung des Obergerichts wird ausgeführt:

Es erübrigt sich, amtliche Auskunft des Landratsamts darüber einzuholen, ob der Landrat etwa die Ueberschreitung der Höchstpreise für Kartoffeln aus der Ernte 1919 genehmigt habe, denn eine solche Genehmigung würde rechtsunwirksam sein, weil der Landrat nicht befugt ist, eine vom Kreisausschuß erlassene Höchstpreisfestsetzung aufzuheben. Lag also tatsächlich eine Höchstpreisüberschreitung vor, so ist die Gemeinde nach § 817 BGB. berechtigt, den über den Höchstpreis gezahlten Betrag zurück zu fordern. Vorauszuschicken ist, daß § 814, der den Leistenden für nicht rückforderungsberechtigt erklärt, wenn er gewußt hat, daß er zur Leistung nicht verpflichtet war, nach allgemein anerkannter Ansicht im Falle des § 817 keine Anwendung findet. Dieser bestimmt, daß der Empfänger zur Herausgabe verpflichtet ist, wenn er durch die Annahme gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstoßen hat. Hier hat sich die Beklagte gegen ein gesetzliches Verbot vergangen. Nun beruft sich die Angeklagte auf Satz 2 des § 817, wonach die Rückforderung ausgeschlossen ist, wenn dem Leistenden gleichfalls ein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten zur Last fällt. Es fragt sich, ob der Gemeinde hier ein Verstoß zum Vorwurf gemacht werden muß. Das Obergericht hat diese Frage verneint. Die Verordnung gegen Preistreiberei verbietet zwar dem Verkäufer bei Strafe, die Höchstpreise zu überschreiten, läßt aber den Käufer, der mehr als den Höchstpreis zahlt, straflos. Es kann also dieses Gesetz hier nicht in Betracht gezogen werden. Etwas anderes wäre es, wenn die Klägerin die Kartoffeln zum Zweck der Weiterveräußerung mit Gewinn erworben haben würde, also um Ueberschüsse für die Gemeindefinanzen zu erzielen, denn unter dieser Voraussetzung ist nach § 4 der Verordnung auch der Käufer strafbar. Daß dies aber der Fall gewesen wäre, ist von der Gutsbesitzerin nicht behauptet worden. Da die Gemeinde nicht gegen ein Verbotsgesetz gehandelt hat, so fällt ihr andererseits kein Verstoß gegen die guten Sitten zur Last. Die Gutsbesitzerin ist also zum Ersatz der Mehrbeträge verpflichtet.

Ein bedenklicher Freispruch.

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Ingenieur Friedrich Neuendorf aus Danzig wegen Scheckschwindels und Betruges zu verantworten. Der Angeklagte betrat im eleganten Pelz die Anklagebank. In drei Fällen hatte Nauendorf für gekaufte Zubehörteile zu Autos Schecks über 2600, 2000 und 8000 Mark auf hiesige Banken ausgestellt. Als die Empfänger die Schecks einlösen wollten, stellte sich heraus, daß sie ein wertloses Papier in Händen hatten, für das keine Deckung vorhanden war. In zwei anderen Fällen hatte Nauendorf ihm bekannte weibliche Personen, bei denen er sich vorübergehend aufhielt, um Beträge von 500 und 550 Mark geprellt, die er teils für Wohnung und Beköstigung schuldete, teils bar erhalten hatte. Der Angeklagte hat allerdings im letzten Augenblick, zum Teil sogar noch kurz vor der Verhandlung gegen ihn die schuldigen Beträge bezahlt. Die Tatsache, daß er sich durch die Hergabe wertloser Schecks wie in den beiden anderen Fällen des Betruges schuldig gemacht, blieb trotzdem, wie der Vertreter der Amtsanwaltschaft ausführte, bestehen. Er beantragte für jeden Betrugsfall 3000 Mk., zusammen 15 000 Mk. oder 1 Jahr Gefängnis. Es überraschte nun nicht wenig, als der Gerichtshof nach kurzer Beratung und ohne jegliche Begründung dafür das Urteil auf Freisprechung verkündete. — Erregt schon der große Gegensatz, welcher sich zwischen dem Antrage des Amtsanwalts und dem Urteil ergab, berechtigtes Staunen so muß man sich um so mehr wundern, daß das freisprechende Urteil als eine Selbstverständlichkeit gesprochen wurde, für die eine Begründung gar nicht erst notwendig erschien. Der schroffe Gegensatz zwischen Antrag der Amtsanwaltschaft und dem Urteil wird hoffentlich noch eine höhere Instanz beschäftigen. Es darf sonst niemand Wunder nehmen, wenn der von den Gerichten stets mit großer Entrüstung zurückgewiesene Vorwurf der Klassenjustiz nach Bekanntwerden dieses höchst bedenklichen Freispruchs von neuem, und zwar bemerkbarer als vorher, laut wird.

Verein heimattreuer Westpreußen für die Freie Stadt Danzig. Auf Veranlassung des Danziger Heimatdienstes fand eine Besprechung von aus den Abstimmungsgebieten gebürtigen Westpreußen zwecks Gründung eines Vereins heimattreuer Westpreußen für die Freie Stadt Danzig statt. Nachdem auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der deutschen Bevölkerung im Freistaat hingewiesen war, wurde ein Arbeitsausschuß gewählt und diesem die Aufgabe zugewiesen, die Satzungen für den neu zu gründenden Verein auszuarbeiten. Anmeldungen für den Beitritt werden entgegengenommen in der Geschäftsstelle des Danziger Heimatdienstes, Weißmönchenhintergasse 1/2, in den Bureaustunden von 8—3 Uhr, und von den Vertrauensmännern dieser Vereinigung.

Soziale Fürsorge als Wohlfahrtspflege.

Durch unsern Einfluß in den Gemeinden erwachsen uns auf allen Gebieten eine Reihe neuer, wichtiger Aufgaben. Eine dieser ist die Wohlfahrtspflege. Wir müssen Wohlfahrtspflege treiben aus kulturellen, sozialen und ökonomischen Gründen. Vorhandene Kräfte nützen und Möglichkeiten zu nützen und zu fördern, beschädigte wieder herzustellen, Verbrauchte zu versorgen. Soll die Wohlfahrtspflege werden, wie wir wollen, soll sie überhaupt arbeiten, so bedarf sie unserer tätigen Mitarbeit. Auch auf diesem Gebiete gilt es nicht nur, abseits zu stehen. Es gilt hier nicht, zu untersuchen, inwieweit die Beschäftigung mit der Wohlfahrtspflege sich mit sozialistischen Gedankengängen in Einklang bringen läßt. Nein, wir müssen zeigen, daß wir gewillt und in der Lage sind, auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege tätig einzugreifen, daß wir des Vertrauens unserer Wähler würdig sind. Die hinter uns stehenden Massen verlangen von uns Taten, und diese müssen wir auch vollbringen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir auf den schlüpfrigen Weg der bürgerlichen Wohltätigkeit geraten. Für uns ist die Wohlfahrtspflege nicht nur der Schutz der minderbemittelten Bevölkerung. Für uns ist die Wohlfahrtspflege die Summe aller derjenigen Bestrebungen, die das Gedeihen der Allgemeinheit durch fürsorgerische Maßnahmen fördern.

Bis in unsere Tage hinein üben die [illegible] konfessionell [illegible] Vereine im charitativen Sinne Wohltätigkeit. Die Charitas geht aber von einem andern Grundsatz aus als die Wohlfahrtspflege. Sie ist bestrebt, bestehende Not zu lindern. Sie erweist Wohltaten und zwar solchen Menschen, die dafür Dankbarkeit erzeigen müssen, die im gewissen Sinne abhängig werden von ihnen, bestimmten Vereinen, indem sie deren Grundsätze sich zu eigen machen. Wohlfahrtspflege dagegen will und muß der Not vorbeugen. Wohltaten können in einem Staate erwiesen werden, in dem es abhängige Untertanen gibt.

Das Ziel der sozialen Fürsorge als Wohlfahrtspflege ist nicht mehr allein die Sorge für Kranke und Schwache, sondern die Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit, und zwar sowohl der körperlichen, wie der seelischen Gesundheit. Die Gesundheit des einen aber ist durch die Gesundheit des anderen bedingt. Darum muß zunächst der Körper gestärkt werden gegen alle Krankheitsgefahren. Der Ansteckungsgefahr muß vorgebeugt werden. Die Lebensverhältnisse müssen so gestaltet werden, daß sie den Gesundheitsschädigungen keinen Vorschub mehr leisten. Die heutigen Rechtsgrundlagen der Wohlfahrtspflege sind lückenhaft, mangelhaft und zersplittert. Die Wohlfahrtspflege muß den Menschen von der Wiege bis zum Grabe umfassen. Die Schwangere wie die gebärende Frau, die junge Mutter und der Säugling müssen geschützt werden. Hierzu müssen die Vorarbeiten geleistet, die Wege gebahnt werden.

Von diesem Grundsatz ausgehend beantragte unser Genosse Brill im Kreistage Danziger Höhe, für den Kreis ein Wohlfahrtsamt zu schaffen. Denn die Gemeinden seien nicht in der Lage, in der sozialen Fürsorge das zu leisten, was notwendig sei. Dem Antrage unseres Genossen stimmte der letzte Kreistag zu und beschloß, daß diesem Wohlfahrtsamt die gesamten Einnahmen aus dem Zoppoter Spielklub zur Verfügung gestellt werden. In seinen Sitzungen beschloß das Wohlfahrtsamt, nicht nur die jetzige Aktion, die unverschuldet in Not Geratenen mit Holz und Kartoffeln [illegible] zu beliefern, und zwar den Vorortgemeinden Ohra, [illegible], Emaus und Brentau Beihilfen in der Höhe, die sie im Vorjahre erhalten haben, und ferner für die kleinen Landgemeinden den Betrag von 300 000 Mark zur Verfügung zu stellen, sondern Wohlfahrtspflege zu üben. Dem Wohlfahrtsamt soll das frühere Praustcr Krankenhaus, jetzige Kreissiechenhaus, mit unterhalten werden. Dieses soll im nächsten Jahr ausgebaut werden, weil die jetzigen Räume nicht ausreichen und die Zahl der Aufnahmebedürftigen [illegible]

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

19. Fortsetzung.

„Angenommen!" hieß es; der Becher begann zu kreisen, und eine neue Lustbarkeit verjüngte die Alten, welche nun schon seit Tagesanbruch munter waren. Die Abendsonne floß unter das unendliche Gebälk der Halle herein und vergoldete Tausende von lustverklärten Gesichtern, während die rauschenden Klänge des Orchesters die Räume erfüllten. Hermine saß im Schatten von ihres Vaters breiten Schultern so bescheiden und still, als ob sie nicht drei zählen könnte. Aber von der Sonne, welche den vor ihr stehenden Becher bestreifte, daß dessen inwendige Vergoldung samt dem Weine aufblitzte, spielten goldene Lichter über ihr rosig erglühtes Gesicht, welche sich mit dem Weine bewegten, wenn die Alten im Feuer der Rede auf den Tisch schlugen; und man wußte dann nicht, ob sie selber lächelte oder nur die spielenden Lichter. Sie war jetzt so schön, daß sie bald von den umherblickenden jungen Leuten entdeckt wurde. Fröhliche Trupps setzten sich in der Nähe fest, um sie im Auge zu behalten, und es wurde gefragt: „Woher ist sie, wer ist der Alte, kennt ihn niemand?" „Es ist eine St. Gallerin, es soll eine Thurgauerin sein!" hieß es da; „nein, es sind alles Zürcher an jenem Tisch", hieß es dort. Wo sie hinsah, zogen die lustigen Jünglinge den Hut, um ihrer Anmut die gebührende Achtung zu erweisen, und sie lachte bescheiden, aber ohne sich zu zieren. Als jedoch ein langer Zug Burschen am Tische vorüberging und alle die Hüte zogen, da mußte sie doch die Augen niederschlagen, und noch mehr, als unversehens ein hübscher Berner Student kam, die Mütze in der Hand, und mit höflichem Freimut sagte, er sei von dreißig Freunden abgesandt, die am vierten Tische von da säßen, ihr mit Erlaubnis ihres Herrn Vaters zu erklären, daß sie das feinste Mädchen in der Hütte sei. Kurz, alles machte ihr so mild den Hof, die Segel der Alten wurden von neuem Triumph geschwellt, und Karls Ruhm ward durch Herminen beinahe verdunkelt. Aber auch er sollte nochmals obenauf kommen.

Denn es entstand ein Geräusch und Gedränge im mittleren Gange, herrührend von zwei Sennen aus dem Entlibuch, die sich durch die Menge schoben. Es waren zwei ordentliche Bären mit kurzen Holzpfeifchen im Munde, die Sonntagsjacken unter den dicken Armen führend, kleine Strohhütchen auf den großen Köpfen und die Hemden auf der Brust mit silbernen Herzschnallen zusammengehalten. Der eine, der voranging, war ein Kloben von fünfzig Jahren und ziemlich angetrunken und ungebärdig; denn er begehrte mit allen Männern Kraftübungen anzustellen und suchte überall seine klobigen Finger einzuhaken, indem er freundlich oder auch herausfordernd mit den Aeuglein blinzelte. So entstand überall vor ihm Anstoß und Verwirrung. Aber dicht hinter ihm ging der andere, ein noch derberer Gesell von achtzig Jahren mit einem Krauskopf voll kurzer gelber Löcklein, und das war der Herr Vater des Fünfzigjährigen. Der lenkte den Herrn Sohn, ohne das Pfeifchen ausgehen zu lassen, mit eiserner Hand, indem er von Zeit zu Zeit sagte: „Büebeli, halt Ruh! Bückeli, sei mir ordentlich!" und ihm dabei die entsprechenden Rücke und Handleitungen erteilte. So steuerte er ihn mit kundiger Faust durch das empörte Meer, bis gerade vor dem Tische der Siebenmänner es eine gefährliche Stockung absetzte, da eben eine Schar Bauern daherkam, welche den Mausigen zur Rede stellen und in die Mitte nehmen wollten. In der Furcht, sein Büebeli werde eine große Teufelei anrichten, sah sich der Vater nach einer Zuflucht um und bemerkte die Alten. „Unter diesen Schimmelköpfen wird er ruhig sein!" brummte er vor sich hin, faßte mit der einen Faust den Jungen im Kreuz und steuerte ihn zwischen die Bänke hinein, während er mit der andern Hand rückwärts fächelnd die nachdringenden Gereizten sanft abwehrte; denn der eine und andere war in aller Schnelligkeit bereits erheblich gezwickt worden.

„Mit eurer Erlaubnis, ihr Herren," sagte der Uralte zu den Alten, „laßt mich hier ein wenig absitzen, daß ich mir dem Büebeli noch ein Glas Wein gebe! Er wird mir dann schläfrig und still wie ein Lämmlein!"

Also keilte er sich ohne weiteres mit seinem Früchtchen in die Gesellschaft hinein, und der Sohn schaute wirklich sanft und ehrerbietig umher. Doch sagte er alsobald: „Ich möchte aus dem silbernen Krüglein dort trinken!" „Bist du mir ruhig, oder ich schlage dich ungesalzen in den Erdboden hinein!" sagte der Alte; als ihm aber Hediger den gefüllten Becher zuschob, sagte er: „Nu so denn! Wenns die Herren erlauben, so trink, aber laß mir nit alles!"

„Ihr habt da einen muntern Knaben, Manno," sagte Frymann, „wie alt ist er denn?" „Ho," erwiderte der Alte, „er wird mir ums Neujahr herum so zweiundfünfzig werden; wenigstens hat er mir Anno 1798 schon in der Wiege geschrien, als die Franzosen kamen, mir die Kuh wegzuziehen und das Hüttlein anzuzünden. Weil ich aber einem paar davon die Köpfe gegeneinandergestoßen habe, mußte ich flüchten, und das Weibli ist mir in der Zeit vor Kummer gestorben. Darum muß ich mir das Burschli allein erziehen."

„Habt Ihr ihm keine Frau gegeben, die Euch hätte helfen können?"

„Nein, bis dato ist er mir noch zu ungeschickt und wild, es tuts nicht, er schlägt alles kurz und klein!"

Inzwischen hatte der jugendliche Taugenichts den würzigen Becher ausgetrunken, ohne einen Tropfen darin zu lassen. Er stopfte sein Pfeifchen und blickte zufrieden und friedlich im Kreis umher. Da erblickte er die Hermine, und der Strahl weiblicher Schönheit, der von ihr ausging, entzündete plötzlich in seinem Herzen wieder den Streit und die Neigung zu Kraftäußerungen. Als sein Auge zugleich auf Karl fiel, der ihm gegenüber saß, streckte er ihm einladend den gekrümmten Mittelfinger über den Tisch hin.

„Halt inn, Burschli! Reit dich der Satan schon wieder?" schrie der Alte ergrimmt und wollte ihn am Kragen nehmen; Karl aber sagte, er möchte ihn nur lassen, und hing seinen Mittelfinger in denjenigen des Bären, und jeder suchte nun den andern zu sich herüberzuziehen. „Wenn du mir dem Herrlein weh tust oder ihm den Finger ausrenkst," sagte der Alte noch, „so nehm ich dich bei den Ohren, daß du es drei Wochen spürst!" Die beiden Hände schwebten nun eine geraume Zeit über der Mitte des Tisches; Karl verbiß das Lachen und wurde purpurrot im Gesicht; aber plötzlich zog er allmählich den Arm und den Oberkörper seines Gegners mächtig auf seine Seite, und damit war der Sieg entschieden.

(Fortsetzung folgt.)

groß ist. Diese Aermsten der Armen müssen aus ihrer elenden Lage befreit werden. Viele der eingelieferten Stechen befanden sich in einem geradezu trostlosen Zustande. So wurden z. B. aus Ohra Stiche eingeliefert, die sich solange im Ohraer Armenhause befanden, die so mit Läusen behaftet waren, daß eine zwei- bis dreimalige Entlausung vorgenommen werden mußte.

Zum Zwecke der Bekämpfung der Tuberkulose sollen vorläufig im Kreise drei Tuberkulosenfürsorgestellen eingerichtet werden und zwar in Ohra, Praust und Hohenstein. Die Leitung soll einem Spezialarzt übertragen werden. Denn die Bekämpfung der Tuberkulose darf nicht erst beim Erwachsenen, sondern sie muß beim Kinde anfangen. Je geschwächter der Körper ist, um so leichter läßt sich die Ansteckungsgefahr vermeiden, denn sie ist nicht vererbbar, sondern übertragbar, um so mehr, je geschwächter der Körper ist. Weiter sollen in den drei Orten Säuglingsfürsorgestellen für eheliche und uneheliche Kinder und Mütterberatungsstellen eingerichtet werden. Ebenso soll auch das Schularztwesen besser ausgebaut werden.

Ist es auch zwar nicht viel, so ist es doch erst der Anfang und war dieser nur dadurch möglich, daß drei Genossen im Kreistage sind. Wäre er so wie früher beliebt, man nannte ihn im Volksmunde die gute Junkerstube, dann hätten diese Leute die Einnahmen aus dem Spielklub zu andern Zwecken benutzt, denn für sie gibt es weder Not noch Elend.

Jahresabschluß der Danziger Aktien-Bierbrauerei.

In der Generalversammlung, welche unter dem Vorsitz des Herrn Bankiers Arno Meyer stattfand und an der ein Aktienkapital von 1 050 000 Mk. angemeldet war, wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1920/21 genehmigt und dem Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt. Die auf 6 Prozent festgesetzte Dividende (gegen ebenfalls 6 Prozent im Vorjahre) wurde als sofort zahlbar erklärt.

Der Vorstand erklärt: Das Jahr 1920/21 brachte den Uebergang von 4½ prozentigem zu 9- bezw. 12 prozentigem Bier. Die hierdurch bedingte Bierpreis-Erhöhung, verbunden mit der fortschreitenden Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage, verhinderte die von uns angestrebte Absatzsteigerung. Am 12. Juli 1921 wurde im Volkstage die vorläufige Abänderung des Biersteuergesetzes vom 20. Juni 1918 beschlossen. Auf Grund dieser Abänderung wurde den Brauereien der Freien Stadt Danzig im Hinblick auf die Verkehrsknappheit das Mitverbrauen von Reis und Mais gestattet. Einen nennenswerten Einfluß konnte diese Erleichterung auf das Gesamtergebnis des laufenden Geschäftsjahres nicht mehr ausüben, da nur noch ca. 2 Monate für eine derartige Verarbeitung in Frage kamen. Infolge der andauernden und fortschreitenden Teuerung mußte auch eine erhebliche Erhöhung der Gehälter und Löhne zugebilligt werden; die entsprechenden Erhöhungen wurden in gemeinsamer Beratung mit den Vertretern unserer Beamten und Arbeitnehmer festgelegt.

Die Manipulationsgebühr bei der Warenausfuhr aus Polen nach Danzig wird auf Grund einer Eingabe der Handelskammer nicht erhoben, sobald eine Bescheinigung der Danziger Handelskammer beigebracht wird, daß die Ware für den Bedarf Danzigs bestimmt ist. Die Handelskammer stellt solche Bescheinigungen aus. Die Manipulationsgebühr bei Ausfuhr Danziger Waren nach Polen ist aufgehoben worden.

Die Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. Nov. 1918 (kenntlich an dem Oval auf der Vorderseite und an der hellbraunen Farbe — sogenannte Bilderrahmen-Note —) sollten von den Reichsbankstellen bis zum 31. Januar 1921 und von der Reichsbankhauptkasse in Berlin noch bis zum 31. Juli 1921 eingelöst werden. Trotzdem die Reichsbank seit letzterem Tage zur Einlösung dieser Banknoten in keiner Beziehung mehr verpflichtet ist, hat sie doch noch in besonderen Ausnahmefällen, in denen die Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung der Noten — wie z. B. in Erbschaftsangelegenheiten — nachgewiesen wurde, einen Umtausch dieser verfallenen 50-Mark-Noten bei ihrer Berliner Hauptkasse vorgenommen. Sie macht nunmehr darauf aufmerksam, daß auf eine Fortsetzung dieses Entgegenkommens über den 31. Dezember 1921 hinaus nicht zu rechnen sein dürfte, und empfiehlt dringend, die Geldbestände sorgfältig nachzuprüfen und etwa noch vorhandene 50-Mark-Noten genannter Art unverzüglich der Reichsbankhauptkasse in Berlin unter Nachweisung der Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung zum Umtausch einzureichen.

Aus dem Osten.

„Feige, perfid und infam."

Ein Vorfall im Bunde der Ost- und Westpreußen.

Am 1. November teilte der Vorsitzende des Bundes der Ost- und Westpreußen in Dresden einem der Mitglieder, dem Dresdener Kaufmann Rast, brieflich mit, daß für die bevorstehende Mitgliederversammlung ein Antrag eingegangen sei, Personen jüdischer Abstammung aus dem Bunde auszuschließen. Der Vorsitzende schrieb, daß ein ähnlicher Antrag bereits in der vorjährigen Versammlung abgelehnt worden sei und daß der Vorstand auch diesmal die Ablehnung beantragen werde, daß er sich indessen aus Gründen des Taktes verpflichtet fühle, Herrn Rast vorher von dem Antrage Mitteilung zu machen. Herr Rast hat darauf mit einem Schreiben geantwortet, das wir in seinen Hauptteilen hier wiedergeben wollen:

„Als die Heimat in Gefahr war, als, wie allerorten, auch der Dresdener Preußenbund zum Sammeln blies, da hat keiner den anderen gefragt nach Glauben und Abkunft, alle waren wir da Deutsche, das schwarz-weiße Preußenband schlang sich brüderlich um jeden von uns und verband alle, Christen wie Juden, zu jener starken Einheit, die zum Siege führte. Dieselben Eisenbahnzüge, dieselben Dampfboote haben Christen und Juden in die Abstimmungsgebiete getragen, und als am 11. Juli der Kampf um Sein oder Nichtsein ausgekämpft wurde, da stand kein Deutschnationalist, kein Antisemit vor den Türen der Abstimmungslokale, um den Juden den Gang zur Urne zu wehren. Ich bin ein alter Marienburger und frage alle Dresdener, deren Wiege im Schatten des Hochmeisterschlosses stand, ich frage alle, die in Marienburger, die am 3. November im Bund der Ost- und Westpreußen vertreten sind, ich frage sie auf Ehre und Gewissen: Hat von den alten jüdischen Familien Marienburgs, seit Jahrzehnten in alle Winde verstreut, hat von euren alten Schulkameraden und Kindheitsgespielen auch nur ein einziger gefehlt am Tage der Entscheidung? — Und so, wie in Marienburg, wird es wohl an allen anderen Orten gewesen sein. — Die Schlacht war geschlagen, der Sieg unser, das alte Preußen gerettet! Und da will man die Kombattanten, die zum Sieg beigetragen, man will sie jetzt, da die Gefahr vorüber ist, ausschließen aus dem Preußenbund, weil sie jüdischer Abkunft sind? Feige ist dies, niederträchtig, perfid und infam! Die dazu raten, schänden den deutschen Namen, sie verdienen nicht, Preußen zu heißen!

Ich bin ein alter Soldat und habe im 17. westpreußischen Armeekorps meine Pflicht und Schuldigkeit nach Kräften erfüllt, vom ersten Mobilmachungstage an bis zur Auflösung des Heeres. Als kriegsfreiwilliger Unteroffizier im Landsturmbataillon Briesen habe ich schon am 8. August 1914 Wache gestanden an der Grenze meiner Heimatprovinz Westpreußen, habe Haus und Hof westpreußischer Bauern schützen helfen gegen die Ueberfälle der Kosakenhorden, und da wird es irgendein feiger, anonymer Drückeberger, mir das Recht streitig zu machen, im Bund der Preußen zu sein? Denn ein braver Soldat, ein Veteran von 1914—18 kann unmöglich es sein, der diese unerhörte Infamie ausgeheckt hat.

Ich bin überzeugt, Herr Vorsitzender, daß der Antrag auf Ausschluß der Juden aus dem Bund der Ost- und Westpreußen abgelehnt werden wird. Aber als Deutscher sowohl wie als Jude lehne ich es meinerseits ab, einem Bund noch weiter anzugehören, in dem ein so würdeloser, ein so unanständiger Antrag auch nur gestellt werden konnte. Es erfüllt mich mit hohem Stolz, ein Deutscher und zugleich ein Jude zu sein, und dieser berechtigte Stolz verbietet es mir, zu erlauben, daß meine Zugehörigkeit zu einem vaterländischen Verein erst noch eine Frage der Abstimmung sein soll. Ich melde hiermit meinen Austritt aus dem Bund der Ost- und Westpreußen an und hätte dies schon längst getan, wenn mir bekannt gewesen wäre, daß bereits in der vorjährigen Mitgliederversammlung die gleiche Infamie auf der Tagesordnung gestanden hat. Den noch fälligen Jahresbeitrag zahle ich mit Einlage ein und bitte, mir darüber eine Quittung auszustellen."

Es wird mitgeteilt, daß der Urheber des Antrages ein ehemaliger westpreußischer Rittergutsbesitzer sei, der sein Gut an die Polen verkauft haben soll. Wir können nicht nachprüfen, ob das zutrifft, aber jedenfalls wäre es wünschenswert, daß der Name des Ehrenmannes öffentlich bekannt gegeben würde.

Der Kampf der Königsberger Holzarbeiter.

Der Streik und die Aussperrungen im ostpreußischen Holzgewerbe dauern mit unverminderter Schärfe nunmehr bereits 10 Wochen. Die Arbeitgeber haben bisher alle Verhandlungsangebote, die ihnen auch in den letzten Wochen vom Deutschen Holzarbeiterverband gemacht worden sind, unbeantwortet gelassen. Auf Veranlassung der Regierung ist deshalb das vom Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Differenzen eingesetzte Schiedsgericht am 18. November erneut zusammengetreten.

Der Ostpreußische Arbeitgeberverband lehnte auch vor dem Schiedsgericht jede Verständigung mit der Arbeiterschaft ab. Er will den Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der in allen übrigen Landesteilen des Deutschen Reiches längst durchgeführt ist, für Ostpreußen unter keinen Umständen anerkennen. Am 22. November wurde der Schiedsspruch verkündet. Der gefällte Schiedsspruch lehnt den Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe als Grundlage zur Regelung der Arbeitsverhältnisse für Ostpreußen ab. Er bringt an dessen Stelle einen Tarifentwurf für die bestreikten Betriebe. Der Entwurf enthält eine Reihe von Paragraphen, die sich überhaupt nicht in die Wirklichkeit umsetzen lassen. Die Teuerungszulage beträgt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre von dem Tage der Arbeitsaufnahme ab 1,05 Mk. stündlich.

Nach eingehender Beratung kamen die Holzarbeiter zu der Ueberzeugung, daß dieser Schiedsspruch unannehmbar ist.

Molenberg. Auf dem Kreistag wurde festgestellt, daß das Siedlungswesen bereits einen guten Anfang gemacht hat. Es werden noch mehrere Güter aufgeteilt werden. Das noch im Ausbau befindliche Kreiselektrizitätswerk hat bis zum 31. Oktober u. Js. 11¾ Millionen erfordert. Zur Wiederaufrichtung der evangelischen Kirche in Guhringen, welche nach der ersten Schlacht bei Tannenberg im Jahre 1410 von den Polen zerstört wurde, sind 100 000 Mark überwiesen worden. Bei der Neuwahl sämtlicher Amtsvorsteher wurden in den meisten Fällen zwischen der Rechten und Linken durch gegenseitiges Nachgeben eine friedliche Einigung erzielt, nur scharfer Kampf entstand um die Kandidatur des Rittergutsbesitzers von Oldenburg-Januschau. Seine Kandidatur fiel unter den Tisch. Mit 17 gegen 6 Stimmen wurde dem Landrat Dr. Friedensberg, der bisher von der Rechten bekämpft wurde, ein Vertrauensvotum erteilt.

Volkswirtschaftliches.

Von der ausländischen Schiffahrt. Bei der augenblicklich gedrückten Lage des Frachtmarktes und den stark gestiegenen Kosten für Löhne und Betriebsmittel sehen sich schwedische Reederei-Unternehmen genötigt, ihre Schiffe entweder außer Dienst zu stellen oder zur Vermeidung größerer Verluste zu verkaufen. Eine Gegenüberstellung allein der Gehälter und Löhne für das Personal eines 1000-Tonnen-Schiffes hat ergeben, daß bei dem jetzigen Stande der Valuta der Monatsbetrag für ein schwedisches Fahrzeug den Jahresbetrag für ein deutsches übersteigt. Aus diesem Grunde heraus hat die schwedische Aktiengesellschaft Transmarin in Helsingborg bei der Regierung beantragt, den Dampfer „Sonja" von 1814 Bruttoregistertonnen nach dem Auslande verkaufen zu dürfen. — Wie aus Bergen gemeldet wird, hat sich auf den Farör-Inseln eine neue Reederei A.-G. gebildet, die nach dem Auslande Frachtfahrten betreiben will und bereits den Dampfer „Pelican" aus Bergen angekauft hat. Bisher bestand auf diesen Inseln nur ein lokaler Schiffsverkehr.

Starke Steigerung der mexikanischen Erdölproduktion.

Unter allen Erdölländern weist Mexiko die stürmischste Entwicklung auf. Im Jahre 1913 hat Mexiko noch nicht ganz 8¼ Millionen Tonnen Erdöl geliefert, im Jahre 1920 aber bereits 28¼ Millionen Tonnen. Mexiko steht in seiner Produktion heute unmittelbar hinter Amerika. Einen herben Schlag erhielt die mexikanische Oelindustrie in diesem Sommer durch die großen, mit dem englisch-amerikanischen Interessenkampf in Mexiko zusammenhängenden Streiks in den Oelstrikten, in deren Verlauf große Erdölvorräte und auch Quellen vollkommen ausgebrannt wurden. Während im Jahre 1920 die monatliche Durchschnittsproduktion 12¼ Millionen Faß (à 160 Liter) betrug, ging die Produktion im Juli auf etwa 6¼ Millionen Faß und im August sogar auf 5¼ Millionen zurück. Im September, nach Abschluß der Unruhen, erhöhte sich diese Menge sofort nach den zurzeit vorliegenden Schätzungen auf 10—12 Millionen Faß. Aus dieser Steigerung wird die Wahrscheinlichkeit klar, daß der Aufschwung der mexikanischen Erdölindustrie nicht aufgehalten worden ist und daß möglicherweise trotz des starken Ausfalls in diesem Jahre die Gesamtjahresproduktion an Erdöl in Mexiko im Jahre 1921 noch beträchtlich höher sein wird als im Vorjahre.

Diese Aussicht wird dadurch bekräftigt, daß die amerikanischen Oelindustriellen sich nunmehr entschlossen haben, das Oel in Mexiko an Ort und Stelle zu raffinieren. Sie wollen einige große amerikanische Oelraffinerien eingehen lassen und sie dafür im mexikanischen Oeldistrikt aufbauen.

Aus aller Welt.

Ein einträgliches „Grundstücksgeschäft".

Daß es möglich ist, auch ein fremdes Grundstück, an dem man nicht den geringsten Besitzanteil hat, zu verkaufen, haben zwei Betrüger bewiesen, die sich Hans Glaß und Otto Klahre nannten. Die Betrüger, die von der Kriminalpolizei gesucht werden, „verdienten" bei dem Geschäft nicht weniger als 200 000 Mark. Ein Berliner Grundstücksmakler hatte ein Hausgrundstück im Tiergartenviertel zum Verkauf ausgeschrieben. Bei ihm meldete sich nun ein Mann, der sich Hans Glaß nannte und erklärte, daß er im Auftrage der Firma Göhlisch u. Co., G. m. b. H., vereidigte Grundstücksmakler in Hamburg, Breite Straße 84, das Haus für einen „Dr. Fränkel" aus Hamburg kaufen wolle. Zum Ausweis legte Glaß eine Geschäftskarte der Firma Göhlisch vor. Der Makler zeigte ihm auch das Grundstück und übergab ihm alle erforderlichen Zeichnungen und Papiere. Hieraus ersah Glaß, daß das Grundstück einem Herrn Klahre aus Preilitz bei Bautzen gehöre. Nach einigen Tagen kam er wieder zu dem Makler und erklärte, daß nach erfolgter Rücksprache das Grundstück so gut wie verkauft sei. Dann ließ er sich nicht mehr sehen. Dagegen wandte er sich jetzt an eine Berliner Grundstücksvermittlungsgesellschaft. Hier stellte er sich als „Obersekretär Hans Glaß" aus Bautzen, Schwager des Hauseigentümers Klahre in Preilitz, vor, und teilte mit, daß er den Auftrag habe, das Tiergartengrundstück seines Schwagers zu verkaufen. Eine Vollmacht, die ein Berliner Notar ausgestellt hätte, bestätigte die Angaben. Mit Hilfe einer zweiten Fälschung gelang es Glaß, bei einem anderen Notar das Kaufgeschäft zum Abschluß zu bringen. Es wurden 200 000 Mark angezahlt. Der wirkliche Eigentümer Klahre wußte von diesem ganzen Vorgange vorerst nichts, er erfuhr von dem Verkauf seines Grundstücks erst dadurch, daß die Vermittlungsgesellschaft ihm den Abschluß des Geschäftes schriftlich mitteilte. Von den Betrügern fehlt vorläufig jede Spur.

Großfeuer auf dem Hohenasperg. Von einem gewaltigen Feuer ist in vergangener Nacht die Filialstrafanstalt auf dem Hohenasperg heimgesucht worden. Der Brand brach gegen ½12 Uhr in dem zwischen dem Hauptturm und dem Schubartturm sich hinziehenden sogenannten Filialbau aus, der eine Länge von 70—80 Meter besitzt und aus vier Stockwerken, bestand, von denen nur das Erdgeschoß massiv, alles andere in Fachwerk erstellt war. Da die Wasserleitung infolge eines Rohrbruchs seit einigen Tagen nicht benutzbar war, war eine rasche, wirksame Bekämpfung des Brandes unmöglich, obwohl die Feuerwehr von Asperg durch die Weckerlinien von Ludwigsburg und Tussenhausen sowie durch Abteilungen der Sicherheitspolizei und der Reichswehr von Ludwigsburg unterstützt wurden. Mit großer Schnelligkeit dehnte sich das Feuer über den ganzen Bau aus, in dem 108 Insassen der Ludwigsburger Strafanstalt und außerdem 6 Wohnungen von Wachtmeistern untergebracht waren. Die Gefangenen beteiligten sich an den Bergungsarbeiten in willigster Weise, so daß ziemlich viel Mobilier, auch aus den Wachtmeisterwohnungen, geborgen werden konnte. Von dem brennenden Bau selbst war fast nichts mehr zu retten, Stück um Stück fiel er den Flammen zum Opfer; teilweise ist er bis zu den Grundmauern niedergebrannt. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die Sträflinge wurden einstweilen in anderen Teilen der Filialstrafanstalt untergebracht. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

„Erleichtert." Einen herben Verlust erlitt ein biederes Bäuerlein aus dem Kreise Insterburg, als es am 21. d. M. zur Abwickelung von Geschäften mit einem Geldbetrage in Höhe von 35 000 Mk. nach der Stadt gekommen war. In Gesellschaft neuerworbener Freunde machte er eine kleine Bierreise und schlief schließlich in einer Kneipe ein. Seine unbekannten Freunde brachten ihn zum Bahnhof, und als er hier in der Nacht erwachte, war sein Schreck groß, als er seine Brieftasche mit dem hohen Geldbetrage vermißte. Zweifellos haben ihm seine Zechkumpanen das Geld entwendet. In einer Tasche seines Rockes fand er gerade noch so viel Geld lose vor, um seine Heimreise antreten zu können.

Pünktlichkeit ist eine Zier. Das Schicksal leistet sich manchmal ganz drollige Scherze. So befindet sich in der Nummer des Stockholmer „Aftonbladet" vom 1. November folgende, nicht alltägliche Geburtsanzeige:

1917 Oktober 23 . . . . Eine Tochter,
1919 Oktober 23 . . . . Eine Tochter,
1921 Oktober 23 . . . . Eine Tochter.

Pünktlichkeit ist eine Zier! Dreimal hintereinander auf den Tag in Zeitabständen von je zwei Jahren eine Tochter zu bekommen, das soll den Eltern — sie heißen Jean und Gerda Strömberg — einmal ein anderer nachmachen, nicht wahr?

Danziger Nachrichten.

Die neuen Beamtengehälter.

Vor einigen Wochen verabschiedete der Volkstag das Gesetz über die Beamtenausgleichszuschläge, das den unteren Beamten Zulagen von 3000—6000 Mk., den höheren Beamten bis 10 000 Mk. Zulage brachte. Der Senat hat nun dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die Neuordnung der Beamtenbesoldung vorgelegt. Unter dieses Gesetz fallen als unmittelbare Staatsbeamte (Artikel 94 der Verfassung) auch die Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen. Weibliche Beamte sind im Gesetz nicht ausdrücklich verzeichnet. Für sie gelten die Vorschriften des Gesetzes in gleicher Weise wie für die männlichen Beamten.

Die planmäßig angestellten Beamten erhalten ein Grundgehalt. Dieses beträgt nach vierzehn- bezw. sechzehnjähriger Dienstzeit

in Gruppe:	bisher	ab 1. 10. 21	mehr als bisher
1	6 000	12 000	6 000
2	6 400	13 000	6 600
3	6 900	15 000	8 100
4	7 500	16 000	8 500
5	8 100	17 000	8 900
6	8 700	19 500	10 800
7	9 300	22 500	13 200
8	10 200	26 000	15 800
9	11 400	31 000	19 600
10	12 600	37 000	24 400
11	14 500	44 000	29 100
12	16 800	57 000	40 200
13	22 000	80 000	58 000

Außerdem sind folgende Einzelgehälter vorgesehen:

Für den Generalstaatsanwalt Sachse 80 000 Mk., bisher 22 000 Mk.;

für den Gerichtspräsidenten 105 000 Mk., bisher 28 000 Mk.;

für die hauptamtlichen Senatoren 110 000 Mk., bisher 30 000 Mk.;

Senator Volkmann soll außerdem noch eine Extrazulage von 40 000 Mk. erhalten;

Präsident Sahm erhält die Kleinigkeit von 180 000 Mk., bisher 60 000 Mk. Der Senatspräsident hat außerdem eine Dienstwohnung.

Zu diesen Grundgehältern kommt ein Ortszuschlag. Dieser beträgt ab 1. Oktober 1921 3200 Mk. bei einem Grundgehalt bis 11 500 Mk., 4000 Mk. bei 11 500 bis 12 700 Mk., 4800 Mk. bei 12 700 bis 15 200 Mk., 5600 Mk. bei 15 200 bis 16 900 Mk., 6400 Mk. bei 16 900 bis 25 500 Mk., 7200 Mk. bei 25 500 bis 38 000 Mk. und 8000 Mk. bei über 38 000 Mk. Grundgehalt.

Ferner Kinderzuschläge: Für ein Kind bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre monatlich 150 Mk., bis zum vierzehnten 200 Mk., und bis zum einundzwanzigsten 250 Mk.

Weiter als Teuerungszuschlag: Auf Grundgehalt und Ortszuschlag und Kinderzuschlägen 20 vom Hundert.

Zur Deckung der durch dieses Gesetz entstehenden Mehrausgaben sollen vorläufig Anleihemittel dienen. Spätestens im Januar 1922 soll die Deckung durch besondere Steuersätze geregelt sein. Das Besoldungsgesetz soll, soweit im einzelnen nichts anderes bestimmt ist, mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 in Kraft treten.

Bemerkenswert ist, daß auch hier wieder die unteren Beamten mit kleinen Zulagen abgespeist werden sollen, während die Herren Senatoren und andere Herren sich Riesengehälter bewilligen lassen wollen trotz des Geredes von altpreußischer Sparsamkeit. Die Herren nehmen für sich Zulagen in Anspruch, die das Vielfache des Einkommens darstellen, das man den Angestellten und Arbeitern verweigert. Das Ganze ist ein Beispiel dafür wie im Senat Interessenpolitik getrieben wird.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband zur Lebensmittelteuerung!

Die Funktionäre des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes waren am Mittwoch zu einer erweiterten Beiratssitzung zusammengetreten, um zu der gegenwärtigen Lebensmittelteuerung Stellung zu nehmen.

Nach einem Referat des Bevollmächtigten Werner über die Lage in den einzelnen Sektionen wurde beschlossen, auf der ganzen Linie mit Lohnforderungen an die in Frage kommenden Arbeitgeber heranzutreten.

Insbesondere wurde in der Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß auch überall dort, wo gegenwärtig Tarifverträge noch laufen, neue Forderungen zu erheben sind, da das lebendige Recht zum Leben höher bewertet werden muß, als Verträge, bei deren Abschluß man die kommenden Verhältnisse noch nicht überschauen konnte.

In der Sitzung herrschte eine einmütige Auffassung darüber, daß die jetzige Teuerungswelle, die den Kapitalisten aller Schattierungen neue Milliardengewinne in den Schoß wirft, den breiten Schichten des werktätigen Volkes aber vollends jede Lebensmöglichkeit unterbindet, mit allen den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt werden muß.

Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahlen.

Am gestrigen Sonntag fand die Wahl zum Kaufmannsgericht statt. Die Handlungsgehilfenorganisationen hatten sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Die polnischen Handlungsgehilfen stellten eine eigene Liste auf. Bei den Arbeitgebern traten die Polen ebenfalls mit einer eigenen Liste auf.

Nachstehende Tabelle veranschaulicht das Wahlergebnis:

Bezirk	Deutsche Handlungsgehilfen D. H. 1	Polnische Handlungsgehilfen D. H. 2	ungültig	Deutsche Arbeitgeber D. A. 1	Polnische Arbeitgeber D. A. 2	ungültig
1. Allmodengasse 9/10	283	4	—	13	—	2
2. Langgarten	202	7	—	8	1	2
3. Städt. Gymnasium	279	20	—	24	7	—
4. Schwarzes Meer	185	11	—	6	1	—
5. Heilige Geistgasse	363	29	—	45	8	11
6. Oberrealschule St. Petri	347	24	—	16	17	8
7. Niedere Seigen	218	2	—	7	1	1
8. Neuschottland	89	1	—	7	—	2
9. Langfuhr	433	21	—	30	—	1
10. Schidlitz	46	1	—	—	—	—
11. Neufahrwasser	158	14	—	6	—	1
12. Heubude	15	—	—	1	—	—
13. Zoppot — Volksschule	135	12	1	21	2	—
14. Oliva	108	10	1	3	—	1
15. Ohra	65	—	—	1	—	—
16. Praust	—	—	—	—	—	—
	2926	166	2	187	37	29

Die Zahlen aus Praust liegen zur Zeit noch nicht vor, werden jedoch an dem Abstimmungsergebnis kaum etwas ändern. Wahrscheinlich erhalten die deutschen Handlungsgehilfen 27, und die Polen 1 Vertreter. Bei den Arbeitgebern sind verhältnismäßig viel ungültige Stimmen abgegeben worden. Die deutschen Arbeitgeber hatten die Wahl schlecht vorbereitet. In manchen Wahllokalen war nicht einmal für Stimmzettel gesorgt worden, sodaß Stimmzettel für Liste D H 1 abgegeben wurden, die dann für ungültig erklärt werden mußten.

Vorträge des Arbeiterbildungsausschusses.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß hat in diesem Quartal noch drei Vortragsabende über verschiedene Gebiete vorgesehen. Der erste Vortrag, der am Donnerstag, den 1. Dezember stattfindet, behandelt die Geld-, Währungs- und Valutafrage. Vortragender: Expedient Fooken. Der zweite Vortrag, am Donnerstag, den 8. Dezember, zeigt die Entwickelung des Menschen und seine Stellung in der Natur (mit Lichtbildern). Vortragender: Dr. Bing. Der letzte Vortrag in diesem Vierteljahr, am Donnerstag, den 15. Dezember, führt uns in die Sternenwelt und gibt an Hand vieler Lichtbilder einen Ueberblick über unser Planetensystem und darüber hinaus über die Fixsternwelt. Vortragender: Lehrer Bludau. Die Vorträge finden im Gewerkschaftssaale, Hevelius-Platz 1/2, statt und beginnen abends 7 Uhr. Karten zu den Vorträgen sind zum Preise von 1 Mark zu haben in den Verkaufsstellen der „Volksstimme", Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, in der Zigarrenhandlung Gotike, Nachflg., Lange Brücke 39, im Parteibureau, 4. Damm 7, 3 Tr., und in den Gewerkschaftsbureaus, Hevelius-Platz 1/2.

Die Studienfahrt der Danziger Journalisten durch Polen hat nach 12 tägiger Dauer am Sonnabend ihren Abschluß gefunden. Nach kurzem Aufenthalt in Warschau wurden die bedeutendsten Industriebezirke wie Lodz, Dombrowa, Sosnowice und Bielitz sowie Galizien besucht. Die Fahrt gewährte den Teilnehmern in erster Linie einen wertvollen Einblick in das industrielle Leben Polens und bot viele Gelegenheiten zum Studium der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse dieses neuerstandenen Staates.

Er wollte nur hamstern. Der Arbeiter F. H. in Danzig war wegen Diebstahls angeklagt, und stand vor der Strafkammer. Er wollte, nach seiner Meinung, nur über Land gehen, um zu hamstern. Diese Absicht zu kaufen führte er aber auch nur ganz einseitig durch. Zunächst kehrte er bei einer Frau ein und nahm ihr über 900 Mark fort, ohne irgendeine Gegenleistung anzubieten. Auf einer zweiten Stelle griff er noch kräftiger zu und nahm gleich ein Schwein mit, ohne sich als Käufer zu melden. Er leugnet vielmehr seine Tat. Das Gericht sah ihn aber als überführt an und verurteilte ihn wegen Diebstahls in zwei Fällen zu 1 Jahr Gefängnis.

Werbeveranstaltung des Kunstvereins. Die für den Februar in Aussicht genommene Veranstaltung eines Vortrages von Professor Schmude über „Künstlerische Schrift" mit einer Ausstellung, eines Vortrages von Professor Dr. Julius Zeitler über „Künstlerische Reklame" und eines Vortrages der Frau Elisabeth von Stephanie-Hahn über „Schaufensterkunst" begegnet dem lebhaftesten Interesse aller Kreise, die geschäftlich oder persönlich an der Geschmacksbildung des Publikums Anteil nehmen. Von gewerblichen Verbänden und Vereinigungen von Handelsfirmen sowohl als auch von Einzelfirmen und Privatpersonen sind dem [illegible] dieses in heutiger Zeit schwierigen Unternehmens zum Teil namhafte Beiträge als Kostenzuschuß zugeflossen.

Betrunkener Messerstecher. Der Gelegenheitsarbeiter Johann Peitz in Emaus hatte sich vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Ein Fuhrhalter sah im Oktober abends auf der Straße, wie junge Leute, die nicht ganz nüchtern waren, einen Streit hatten. Der Fuhrhalter stellte sich an einen Wagen und beobachtete die Leute. Plötzlich sprang der Angeklagte von hinten auf ihn zu, sagte „Das ist auch so einer!" und stach ihm mit dem Messer ins Kreuz. Das Gericht würdigte die Rohheit, eine gänzlich unbeteiligte Person mit dem Messer zu überfallen und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr Gefängnis.

Gelinde Strafe. Wegen Mißhandlung hatten sich ein Zollwachtmeister und ein Schlosser vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Zollwachtmeister B. hatte einen Hund bei sich, den ein Vorübergehender neckte. Der Zollwachtmeister schlug dem Neckenden darauf einfach ins Gesicht. Der Schlosser unterstützte ihn dabei. Der Zollwachtmeister ist vorbestraft. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten wegen gemeinsamer einfacher Körperverletzung zu 50 Mark Geldstrafe.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter ist in ein kritisches Stadium eingetreten. Deshalb findet am Dienstag, abends 6 Uhr, im Lokale Steppuhn eine Versammlung aller organisierten Holzarbeiter statt, in der aller Wahrscheinlichkeit nach der Streik beschlossen wird.

In die Kämpfe zwischen dem Deutschen Orden und die Stadt Danzig führt uns das Drama unseres Dichters Kroß. Martin Kogge, der Held des Werks, hält zum Deutschen Orden gegen die Ratspartei, die den Anschluß an Polen vollzieht. Er verursacht darum einen Aufstand in Danzig. Und die Szenen spielen sich auf dem Langen Markt ab. Im Deutschen Heimatbund wird am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7½ Uhr, der Literarisch-dramatische Verein das Werk lesen. Die Veranstaltung findet in der Aula der Ober-Realschule statt.

Die dampfenden Kohlenhaufen auf dem Elektrizitätswerk veranlassen den Senat zu einer Erklärung, in der das Dampfen als ungefährlich hingestellt wird. Die Kohlen eignen sich nicht für die Verfeuerung im dem Schlachthof, auch nicht für den Hausbrand, deshalb werden sie an die Großindustrie abgeben. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

„Ein Grund, die Kohlen zu ermäßigten Preisen an die ärmere Bevölkerung abzugeben, liegt nicht vor, weil die Kohlen sich zu Hausbrandzwecken nicht eignen und die Industrie die Kohlen zu einem angemessenen Preise abnimmt. Eine Kohlenknappheit für Hausbrandzwecke besteht in der Tat zurzeit nicht, da die auf Brennstoffmarken aufgerufenen Kohlen für Hausbrandzwecke von der Bevölkerung noch nicht abgenommen sind. Wenn die Kohlenversorgung der ärmeren Bevölkerung zu wünschen übrig läßt, so ist das lediglich auf den hohen Preis der Kohlen zurückzuführen, an dem sich nach Lage der Verhältnisse nichts ändern läßt, da uns die Preise durch das Deutsche Reich vorgeschrieben werden. Wir sind zu unserm Bedauern in dieser Hinsicht machtlos und weisen schon heute darauf hin, daß in Kürze wegen der im Reich erfolgten Erhöhung der Kohlensteuer und der Frachten eine weitere erhebliche Anziehung des Kohlenpreises bevorsteht."

Fahrplanänderung. Auf der Strecke Danzig-Hbf.—Danzig-Neufahrwasser werden die Züge 880/887 und 890 vom 1. Dezember d. Js. an 15 Minuten später und Zug 851 von demselben Tage ab 19 Minuten später verkehren. Der Zug 880 fährt dann ab: Danzig-Hbf. 11.30, Neuschottland 11.35, Reichskolonie 11.39, Saspe 11.43, Brösen 11.47, an Neufahrwasser 11.50 Uhr.

Zug 880 fährt 9.00 von Danzig-Hbf. ab, Neuschottland 9.05, Reichskolonie 9.09, Saspe 9.17, an Neufahrwasser 9.20.

Zug 787: Ab Neufahrwasser 9.30, Brösen 9.33, Saspe 9.37, Reichskolonie 9.41, Neuschottland 9.45, an Hauptbahnhof 9.50.

Zug 801: Ab Neufahrwasser 12.04, Brösen 12.07, Saspe 12.11, Reichskolonie 12.15, Neuschottland 12.19, an Hauptbahnhof 12.24.

Auf der Strecke Marienburg—Dirschau—Danzig wird der von Marienburg 5.10 Uhr nachm. abgehende Zug von Simonsdorf bis Dirschau 5 Minuten später verkehren.

Ein ritterlicher Begleiter. Am Freitag, den 25. d. Mts., wurde einer Dame, die in Herrenbegleitung spazieren ging, von diesem eine Geldtasche mit 60 Mk. Inhalt gestohlen. Der Täter wurde auf Veranlassung der betreffenden Dame von einem Beamten der Schutzpolizei festgenommen.

Arbeitslosenunterstützung. In der Woche vom 14. bis 19. November 1921 sind in der Stadt Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden: 153 977,05 Mark an 1475 Personen gegenüber 143 280,00 Mark an 1451 Personen in der Vorwoche. Vom Beginn der Erwerbslosenfürsorge (Dezember 1918) bis Ende Oktober 1921 sind in der Stadtgemeinde Danzig an Erwerbslosenunterstützung rund 10 050 000 Mark gezahlt worden.

Standesamt vom 28. November 1921:

Todesfälle: Magistrats-Bureauassistent a. D. von Rochhold 79 J. 8 Mon. — Festungsbaumajor a. D. Gustav Kühnert 72 J. 10 Mon. — Witwe Wilhelmine Brauer geb. Schonholski, 73 J. 9 Mon. — Witwe Laura Lehnhardt geb. Kiesel, fast 81 J. — S. d. Kongreßrats Georg Philipsen, 7 Stunden. — Witwe Ella Philipsen geb. Kädler, 60 J. 4 M. — Landwirt Georg von Komet, 82 J. 7 Mon. — Witwe Anna Drazynski, geb. Ottlewski, 92 J. 4 Mon. — Frau Maria Willlawski geb. Mikolajunas, 19 J. 10 Mon. — S. d. Bureaubeamten Wilhelm Wiage 2 J. 1 Mon. — Arbeiter Max Neubauer 58 J. 8 Mon. — Arbeiter Johann Wisniewski 60 J. 1 Mon. — Invalide Rudolf Stenzel, 75 J.

Danziger Stadttheater.

9. (musikalische) Morgenfeier.

Für die gestrige Morgenfeier des Stadttheaters hatte die Direktion den Meister des Cellos, Professor Heinrich Kiefer, verpflichtet. Kiefer ist uns kein Unbekannter mehr. Schon im Vorjahre hat er sich in einem Theaterkonzert trefflich eingeführt. Er ist ein Künstler, bei dem der Begriff „akademisch" weiteren Sinn hat. Er verbindet Geistigkeit und Virtuosentum in so hohem Maße, daß auf der einen Seite die Freude über die Klarheit und Gliederung des Vortrags, auf der andern der Ohrenschmaus, den sein samtweiches, ungewöhnlich beseeltes Spiel bietet, sich ergänzen. In seinem Programm hatte der Gast alle Teile seiner Zuhörerschaft bedacht. So spielte er eingangs nach der immer wieder gern gehörten A-dur-Sonate von Boccherini das H-moll-Konzert des Tschechen Anton Dvorak. Es ist ein für diesen genialen Böhmen ganz besonders charakteristisches Werk, aus dem die ganze ungehemmte Musizierfreudigkeit des mit keinerlei Intellekt behängten, nur Schönheit gebenden Dichters spricht. Viel zu wenig begegnet man ihm heute in der Kammermusik, wo er den Größten aller Zeiten beizuzählen ist.

Der zweite Abschnitt des Programms war der leichteren bis ganz leichten Muse gewidmet: Bach, „Air", eine Etüde von Chopin und ein niedliches neapolitanisches Liedchen des Italieners Casella; schließlich ganz kleine Salonmusik. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Konzertprogramm durch solche Buntheit vielleicht an Charakter verliert, aber jeder Standpunkt entspringt sicher der Erfahrung, daß man heutzutage die denkbar geringsten Voraussetzungen für ein Publikum mitbringen und daß man dem Rechnung tragen muß. Letzten Grundes gibt ja auch immer die Art der Darbietung den Ausschlag. Kapellmeister Otto Selberg erwies sich bei dieser Gelegenheit als Pianist von Rang und trug durch seine zarte, schmiegsame Begleitung wesentlich zu dem schönen Erfolg des Konzertes bei.

W. O.

Im großen Saale des Schützenhauses tanzte Lucy Kieselhausen gestern abend (von allerlei Mißgeschick technischer Art behindert) vor einem großen Zuschauerkreise. Lucy Kieselhausen ist da stark, wo sie reinen Tanz gibt, den Walzer der Wienerstadt, wo sie die Melodie beseelen kann und auf ihr schwimmen und schweben, wo sie im Rahmen der ihr von der Natur gesteckten Grenzen bleibt: Duft, Bewegung, Frische. Wenn sie sich auf das Gebiet des Intellektualismus begibt, um der Mode gerecht zu werden, fühlt man deutlich, daß sie darin ewig eine Fremde bleiben muß. So habe ich denn mit ihrer sicher ernst gewollten Expression ohne Musik nichts anfangen können, und es blieb nur die Freude an diesem herrlich gewachsenen Körper, dessen Extremitäten geradezu von erlesener Schönheit sind. Das weitaus Wertvollste des Abends war denn auch neben dem Straußschen Walzer „der sterbende Schwan", dem Erleben durchglühte und in dem ihre körperlichen Vorzüge besonders zur Geltung kamen. Im übrigen arbeitet die Tänzerin meist sehr bedacht innerhalb der Grenzen ihrer Kraft und mit ihrer Leichtheit (Walzer von Chopin) und kindhafter Drollerie und Wildheit (Dimmy-Dammy, Etude papillon) übt sie wieder starke Wirkungen auf das Publikum aus. — Das freilich benahm sich beim Schluß in denkbar unwürdigster Weise und bekletterte, ohne Rücksicht auf andere, die Stühle, wie bei einem Kirmestanzfest.

W. O.

Filmschau.

Das U. T.-Theater gibt den größten Film der Welt „Das indische Grabmal". In dieser Woche wird der erste Teil „Die Sendung des Yogbi" gespielt. Die Handlung lehnt sich an die alte Sage der Inder an, daß Fanatikern, die sich aller irdischen entwöhnen und sich lebendig begraben lassen, alles möglich ist, daß für nichts Körperliches existiert. Wird ein solcher Yogbi wieder ins Leben zurückgerufen, so muß er seinem Erwecker zum unbedingten Gehorsam verpflichtet. Der Fürst von Eschnapur hat einen solchen Yogbi erweckt, schickt ihn nach England, um einen Baumeister für das Grabmal zu holen. Die fernere Handlung führt durch die Wunderwelt Indiens. Die Szenen sind von packender Wirkung und geben ein naturgetreues Bild indischen Lebens, das um so überraschender wirkt, wenn man weiß, daß dieser Großfilm im Kinodorf bei Berlin entstanden ist. Diese Aufnahmen bilden ein ehrendes Zeugnis für die hochentwickelte deutsche Kinotechnik.

Zentral-Theater, Langgasse. Henny Porten bringt im vieraktigen Lustspiel „Die Heimkehr des Odysseus" recht drastisch zum Ausdruck, daß das Anziehen von Männerhosen noch lange nicht den Mann ersetzen kann. Ihr zur Schau getragener Trotz verwandelt sich nach langer Zeit in Liebe. Ein Schauspiel in sechs Akten „Ueber alles siegt die Liebe" führt uns nach dem schwarzen Erdteil und zeigt die Leiden eines Kolonialkrieges. Mut und Aufopferung werden anfangs von einer Frau nicht beachtet, bis doch die Allgewalt der Liebe siegt. Eine Naturaufnahme von der alten Stadt „Rotenburg ob der Tauber" mit ihren alten Türmen und Gassen versetzt uns im Geiste ins Mittelalter und übt immer noch die alte Anziehungskraft aus.

Metropol-Lichtspiele. Der Meisterdetektiv Bruno Eichgrün als Nic Carter im Film „Die drohende Faust" vollführt die unglaublichsten Heldentaten, bis es ihm endlich gelingt, eine Verbrecherbande dingfest zu machen und den Beraubten ihr Eigentum wieder zu verschaffen. — Die sechsaktige Gesellschafts- und Sittentragödie „Frauen, die am Wege sterben" zeigt uns die verwerfliche Moral der besseren Gesellschaftskreise. Eine von einem Lebemann in Not und Elend angetroffene Frau wird von diesem verführt und verstoßen. Andere Kavaliere machen es nicht besser. Das Ende vom Liede ist Selbstmord der Betrogenen. — Ein Hagenbeck-Tierfilm sorgt dann noch für heitere Abwechselung.

Versammlungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiterverband.

Waggon- und Nietenfabrik.

Dienstag, den 29. November, nachm. 3 Uhr, Betriebsversammlung bei Schmidtke, Schichaugasse.

Jugendausschußmitglieder! Dienstag, den 29. November, abends 6½ Uhr, im Bureau Heveliusplatz 1/2, wichtige Besprechung.

Mittwoch, den 30. November, gleich nach Feierabend, im Bureau des D. M.-V., Vertrauensmännerversammlung. Schichau. — Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Bureau des D. M.-V., Branchenversammlung. Zigarettenmaschinisten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 29. Nov., abends 6 Uhr, im Lokal Steppuhn, Schidlitz, Versammlung aller organisierten Holzarbeiter der Privatbetriebe. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Verhandlungsergebnis

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes fällt aus obengenanntem Grunde aus!

Gesangverein Sängergruß.

Generalversammlung am Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr im Vereinslokal. Auch die passiven Mitglieder wollen erscheinen.

Verein Arbeiter-Jugend Danzig.

Montag, den 28. November, im Heim, Gesangsabend, Leiter Genosse Müller. — Dienstag, den 29. November, im Heim, Mädchenabend. Hierzu müssen alle Mädels wichtiger Anlegenheiten halber erscheinen. — Mittwoch bleibt das Heim geschlossen. Die Bücherei kann daher erst Sonntag benutzt werden.

Polizeibericht vom 27. und 28. November 1921. Festgenommen: 22 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Betruges, 3 wegen Konterbande, 1 wegen Zechprellerei, 1 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 2 wegen Körperverletzung, 1 zur Festnahme, 6 in Polizeihaft. — Obdachlos: 8 Personen.

Wasserstandsnachrichten am 28. November 1921.

	26. 11.	27. 11.		26. 11.	27. 11.
Jawichost	+ 0,60	+ 0,57	Montauerspitze	— 0,72	— 0,72
Warschau	+ 0,84	+ 0,84	Piekel	— 0,87	— 0,80
Plock	+ 0,98	+ 0,—	Dirschau	+ 0,44	+ 0,32
	27. 11.	28. 11.	Einlage	+ 2,08	+ 2,02
Thorn	+ 0,57	+ 0,61	Schiewenhorst	+ 2,20	+ 2,26
Fordon	— 0,47	— 0,46	Schönau O. P.	+ 0,—	+ 0,—
Culm	— 0,58	— 0,20	Galgenberg O. P.	+ 0,—	+ 0,—
Graudenz	+ 0,19	+ 0,18	Neuhorsterbusch	+ 0,—	+ 0,—
Kurzebrack	— 0,28	— 0,26	Anwachs	+ 0,—	+ 0,—

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Adomat, Ohra; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Die guten MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

sind in der früheren **Friedensqualität** überall zu haben!

Man achte auf den Namen MAGGI und die rotgelbe Packung.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 28. November, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1.

Lady Windermere's Fächer

Komödie in vier Akten von Oskar Wilde.

Spielleitung: Heinz Brede. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Dienstag, abends 7 Uhr: Neu einstudiert. „Mignon". Oper in vier Akten.

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Tiefland". Musikdrama.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. Zum ersten Male: „Die Fahrt ins Blaue". Lustspiel.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Das Glöckchen des Eremiten". Komische Oper.

Sonnabend, abends 6 Uhr: Dauerkarten C 2. Ermäßigte Preise. „Wilhelm Tell".

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Zehnte (literarische) Morgenfeier: Willibald Omankowski. „Aus eigenen Dichtungen".

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit! „Mignon".

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Montag, den 28. November, abends 7½ Uhr

Kassenöffnung 6 Uhr.

Der Graf von Luxemburg

Operette in 3 Akten von Franz Lehar.

Mittwoch, den 30. November:

Der Graf von Luxemburg

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5310

„Libelle"

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Arbeiter-Bildungsausschuß

Im Sitzungssaale der Gewerkschaften Heveliusplatz 1—2

finden folgende **Vortragsabende** statt:

A Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr **Geld, Währung, Valuta.** Vortragender: A. Fooken.

B Am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr **Die Stellung des Menschen in der Natur.** (Mit Lichtbildern.) Vortragender: Dr. Bing.

C Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr **Etwas vom Sternenhimmel und Kometen.** (Mit Lichtbild.) Vortragender: Lehrer Blaudau.

Jeder Vortrag 1.— Mark. (5605

Die Karten sind zu haben in den Verkaufsstellen der Volkswacht, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, in der Zigarrenhandlung Goethe Nachfl., Lange Brücke 19, im Parteibüro 4. Damm 7/11 und in den Gewerkschaftsbüros, Heveliusplatz 1—2.

Hierdurch gebe ich bekannt, daß ich in meinem Geschäftslokal

Danzig, Rammbau 4, (5627

noch eine Abteilung

Konfitüren, Schreibwaren und Schul-Artikel

eingerichtet habe. Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

R. Liskow, Danzig, Rammbau 4.

Zahle 1,50 Mark

für 1/1 und 1/2

Wein-, Kognak- u. Likörflaschen

ausschl. Rhein- und Moselflaschen.

Californische Weinhandlung

Portechaisengasse 2,

Junkergasse 1a an der Markthalle,

Langfuhr, Neuschottland 19a. (5611

Konditorei und Café Sturm

Heil. Geistgasse Nr. 23, Tel. 1526

Täglich erstklassiges Gebäck aus eigener Konditorei.

Bestellungen

auf Torten, bunte Schüsseln, Eis werden sorgfältigst ausgeführt.

ff. Biere, Weine u. Liköre. (5225

Vorwärts-Bücherei

Mutter	3.—
Verschrobenes Volk	4.50
Der Ausweg	3.—
Der Morgen graut	3.—
Erzgebirgisches Volk	3.—
Das Land der Zukunft	4.50
Die Marketenderin	3.—
Der Pariser Garten	4.50
Prinzipienreiter	4.50
In den Tod getrieben	4.50
Heiteretei	6.—
Kriegsfahrten	3.—
Nuckel	3.—
Vom Waisenhaus zur Fabrik	3.—
Herzen im Kriege	3.—
Der Gotteslästerer	6.—
Verbrechergeschichten	5.—
Erweckt	9.—

Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Danziger Spielwarenhaus

Julius Meysen (früher L. Lankoff)

4. Damm 7

Eingang Häkerpasse

Spezialgeschäft für Spielwaren

Denkbar größte Auswahl

Besorgen Sie jetzt schon Ihre

Weihnachtseinkäufe. (5279

Arbeiter und Arbeiterinnen

welche in der

elektrischen Motoren-Industrie mit Wickelarbeiten

Erfahrung besitzen, werden auf der Danziger Werft in nächster Zeit eingestellt. Meldungen unter Vorlage von entsprechenden Arbeitsbescheinigungen Zimmer 106 (5625

Danziger Werft.

DIE NEUE DICKE ZIGARETTE

ohne Mundstück 20 Pfg. mit Goldmundstück 25 Pfg.